

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

12. Sitzung

Berlin, Freitag, den 20. Januar 2006

Zusatztagesordnungspunkt 7:

Vereinbarte Debatte: **Berichte über die Rolle von BND-Mitarbeitern vor und während des Irakkrieges**

849 A

Petra Pau (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Linke im Bundestag will einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, aber nicht zur Selbstbeschäftigung und auch nicht zum parlamentarischen Schattenboxen. Wir sind der Meinung: Der Vorwurf etwa, dass der BND im Irakkrieg kriegswichtige Informationen an die USA gegeben habe, und weitere Vorwürfe müssen öffentlich nachvollziehbar aufgeklärt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte daran erinnern: Am 21. Juni des vergangenen Jahres hat das Bundesverwaltungsgericht ein bemerkenswertes Urteil gefällt. Es hat bekräftigt, dass der Krieg im Irak völkerrechtswidrig ist, und es hat festgestellt, dass Deutschland an ihm indirekt beteiligt ist. Das Gericht hat klargestellt:

Eine Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Delikt ist selbst ein völkerrechtswidriges Delikt.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bundestag und die Bundesregierung gingen damals mit bemerkenswerter Verschwiegenheit zur Tagesordnung über. Dabei ist das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts eine ganz schlimme Anklage. Damals wurde die „**Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Krieg**“ mit der Gewährung von Überflugrechten für US-amerikanische Militärflieger oder mit dem besonderen Schutz US-amerikanischer Einrichtungen auf deutschem Boden durch die Bundeswehr begründet.

Inzwischen gibt es weitere Vorwürfe, die einer Klärung bedürfen. Was wusste die Bundesregierung von den so genannten CIA-Folterflügen? Was wusste sie von geheimen CIA-Gefängnissen in Europa und – vor allem – was hat die Bundesregierung dagegen unternommen?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Hinzu kommt der Vorwurf, dass Sicherheitsdienste der Bundesrepublik Gefangene vernommen haben, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vordem gefoltert wurden. Aktuell ist zu klären, wie, auf welcher Grundlage und mit welchem Ziel der BND im Irak mit der Kriegspartei USA zusammengearbeitet hat und welchen Part dabei die Bundesregierung gespielt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Um es auf den Punkt zu bringen: Es geht nicht mehr um „Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Krieg“, wie es noch vom Bundesverwaltungsgericht im Pfaff-Urteil festgestellt wurde. Der Vorwurf, der nun im Raum steht, lautet: **Teilhabe an einem völkerrechtswidrigen Krieg**. Das ist eine neue Qualität. Das ist ein so weit reichender Vorwurf, dass mir völlig unklar ist, warum sich die SPD gegen einen Untersuchungsausschuss sperrt.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade sie müsste doch ein riesengroßes Interesse daran haben, diesen Vorwurf aus der Welt zu schaffen. Ich erinnere mich noch gut an die Großflächen, mit denen die SPD ihren Bundestagswahlkampf 2005 geführt hat. „Friedensmacht“ stand darauf.

(Zurufe von der SPD: Ja! Genau!)

Ich sage Ihnen, teure Genossinnen und Genossen der SPD-Fraktion: Ich persönlich wäre hoch erfreut, wenn sich all die Vorwürfe, die hier im Raume stehen, begründet und nachvollziehbar widerlegen ließen; denn ich will nicht, dass Deutschland ein Kriegsland ist.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Die CDU/CSU lehnt den Untersuchungsausschuss als überflüssig ab. Einige ihrer Worte fielen mit Blick auf die drei Oppositionsfraktionen auch drastischer als „überflüssig“ aus. Aber: geschenkt. Unverschämter fand ich ohnehin das, was der Fraktionsvorsitzende der Union, Herr Kauder, via ZDF den interessierten Bürgerinnen und Bürgern als Nachricht zugemutet hat. Alles, so sagte er nach der ersten Runde in dem PKGr, sei im zuständigen Kontrollgremium besprochen worden und zwei Drittel der Vertreter im Kontrollgremium seien mit dem Gehörten sehr einverstanden gewesen, also brauche man keinen weiteren Ausschuss. Ich finde, so veralbert man Bürgerinnen und Bürger, die ein **Recht auf Aufklärung** haben,

(Beifall bei der LINKEN und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

zumal ihnen ja täglich eingebläut wird, sie seien Deutschland. Sie hätten wenigstens dazu sagen müssen: Das Kontrollgremium ist ein Geheimklub, in dem die Vertreter der Fraktionen sich etwas anhören, was sie dann anschließend verschwiegen mit ins Grab nehmen dürfen, mehr nicht. – Sie hätten Ihre Rechnung auch ehrlicher vortragen können; denn die zwei Drittel, von denen Herr Kauder sprach, bringen schon die Vertreter von SPD und Union auf, also lediglich zwei Fraktionen. Die Vertreter der anderen Fraktionen waren also – nach allem, was man hört – mitnichten mit dem zufrieden, was dort erzählt wurde. Auch deshalb ist das Nachdenken über die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses folgerichtig.

Und weil ich gerade beim Abwiegen der Union bin: Ich kann das aus Ihrer Sicht sogar nachvollziehen. Schließlich hatten Sie ja eine andere Meinung zum Irakkrieg als die PDS und die Linksfraktion. Ihr Kollege Pflüger hat sich mehrfach als Kriegsbefürworter engagiert, selbst wenn der Krieg völkerrechtswidrig ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Oh!)

Folglich ist eine deutsche Beteiligung am Krieg im Irak für ihn sicherlich auch kein Skandal, sondern eher ein Liebesdienst an die USA, den man dann auch würdigen sollte. Vielleicht erinnern Sie sich noch daran: Kurz bevor die USA in den Irak einfielen, demonstrierten allein hier in Berlin 500 000 Friedensbewegte gegen den drohenden Krieg. Weltweit waren es zig Millionen Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Danach ereiferte sich Friedbert Pflüger öffentlich, es sei eine Schande für Deutschland – so sagte er damals –, dass auch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse bei dieser Friedensmanifestation dabei war. Ich könnte zum Beleg auch andere Kollegen der Union aufrufen. Aber da der Kollege Pflüger ja demnächst als Spitzenkandidat der Berliner CDU in den Landtagswahlkampf ziehen will,

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Nachtigall, ick hör dir trapsen!)

möchte ich hier festhalten: Die Hauptstadt hat etwas Besseres verdient.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Jetzt sind Sie aber wirklich ein bisschen kleingeistig! – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Jetzt wissen wir auch, warum der Untersuchungsausschuss eingesetzt werden soll!)

– Herr Pflüger soll da nicht gehört werden. Da brauchen Sie keine Angst zu haben.

Der Parlamentarische **Untersuchungsausschuss**, den wir fordern, folgt übrigens noch einer ganz anderen Logik. Im 15. Bundestag waren für die PDS Gesine Löttsch und ich vertreten. Wir hatten eingeschränkte parlamentarische Rechte, aber wir haben sie bestmöglich ausgeschöpft. So haben wir immer wieder Fragen zu Guantanamo, zu Menschenrechtsverletzungen im Krieg in Afghanistan und auch zur Beteiligung am Irakkrieg gestellt. Nach allem, was bislang bekannt ist, wurden wir in den Antworten der Bundesregierung getäuscht. Damit stellt sich ganz grundsätzlich die Frage nach der Rolle des Bundestages. Man kann nicht die Bürgerinnen und Bürger zur Wahl rufen, ihnen einreden, sie seien der Souverän, und ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern danach bedeuten, sie seien eigentlich nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, appelliere ich an alle Mitglieder des Bundestages, egal ob Sie der Unionsfraktion angehören oder den Grünen: Im Scheinwerfer stehen hier zugleich die Würde des Bundestages und das Selbstwertgefühl der Abgeordneten. Sie wissen doch, dass viele Umfragen belegen, dass das Zutrauen in die Politik, in die Parlamente und in die Demokratie sinkt. Dagegen können wir mit Transparenz ein Zeichen setzen. Wir sollten es auch endlich tun.

Mein letztes Wort geht an die Grünen. Die Medien melden und die Bürgerinnen und Bürger haben es zur Kenntnis genommen: Ein Untersuchungsausschuss kann nur einberufen werden, wenn die drei Oppositionsfraktionen dies gemeinsam wollen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Stimmt auch!)

Seit gestern melden die Medien – auch das nehmen die Bürgerinnen und Bürger zur Kenntnis –, die drei Oppositionsfraktionen wollten es womöglich nicht, weil es Unstimmigkeiten zwischen den Grünen und der FDP gebe. Nun gibt es in der Tat keine Koalition in der Opposition. Aber es geht hier nicht um Allgemeinplätze und auch nicht um parteipolitische Profilierung,

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

jedenfalls nicht nach unserer Auffassung und, wie ich nach den Gesprächen mit den Liberalen festgestellt habe, auch nicht nach Auffassung der FDP.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Wir wollen keine völkerrechtswidrigen Kriege und wir wollen, dass Menschenrechte universell gelten. Wir wollen, dass die EU demokratisch gestaltet wird.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie müssen zum Schluss kommen.

Petra Pau (DIE LINKE):

Es geht also um mehr als nur um die Frage, ob zwei BND-Beamte im Irak aus dem Ruder gelaufen sind. Wir sollten uns dieser Untersuchungsaufgabe gemeinsam stellen und wir sollten nicht kleinkariert debattieren. Das **Europaparlament** hat es uns vorgemacht: Es hat gestern einen Ausschuss mit einem umfassenden Untersuchungsauftrag eingesetzt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)